

Mainz, 10.11.2020

Antrag 2076/2020 zur Sitzung Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen
Haupt- und Personalausschuss Stadtrat am **10.11.2020**
11.11.2020
18.11.2020

**gem. Haushaltsbegleitantrag: „Auf Augenhöhe mit den Herausforderungen“
(BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP)**

Die Corona-Pandemie hat unser Land und unsere Stadt verändert. Das gesellschaftliche, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben erfährt starke Einschnitte. Es wird gegen die Krise investiert und Mainz nachhaltig, ökologisch, sozial sowie wirtschaftlich stark weiterentwickelt.

Die Investitionen in Schulen, Kitas und städtische Infrastruktur bleiben auf hohem Niveau. Bund und Land stellen viele Fördermöglichkeiten für Klimaschutz, Digitalisierung, den ÖPNV, Kultur oder Soziales zur Verfügung. Es gilt, diese Programme schnellstmöglich sowie umfänglich abzurufen und für Mainz zu nutzen und dafür die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Mit dem Doppelhaushalt 2021/2022 gelingt es nicht nur, bestehende politische Schwerpunkte umzusetzen, sondern auch aus den Erfahrungen der Pandemie Impulse zu setzen und die Menschen in unserer Stadt sicher durch die Krise zu führen. Damit setzt der Mainzer Stadtrat auf eine Politik zum Wohle aller Generationen. Dies wird mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf der Verwaltung in Verbindung mit dem Begleitantrag der Koalition möglich.

Der Stadtrat möge beschließen:

Bauen, Stadtentwicklung & Öffentlicher Raum

Mainz hat als einzige Stadt im Rhein-Main-Gebiet die Trendwende im sozialen Wohnungsbau geschafft. Diesen Trend gilt es aktiv fortzusetzen. Die Pandemie hat keinen bremsenden Einfluss auf die hohe Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum. Deshalb werden bis zum Jahr 2024 6.000 neue Wohneinheiten gebaut und der Anteil an gefördertem Wohnraum von 25 % auf rund 33 % gesteigert - und das nicht nur für Miet-, sondern auch für Eigentumswohnungen. Die Aufstockung der Stellen im Baudezernat dient der

Förderung des bezahlbaren Wohnens (u. a. zur Erarbeitung einer Milieuschutzsatzung für Teile der Innenstadt). Die Stellplatzsatzung wurde erfolgreich modernisiert, sodass Mobilitätskonzepte wie Carsharing und E-Mobilität Berücksichtigung finden.

Die Pandemie hat einmal mehr gezeigt, wie sehr Flächen im öffentlichen Raum in unserer wachsenden Stadt benötigt werden. Um Stadtteile gezielt aufzuwerten und den öffentlichen Raum für alle nutzbar zu machen, wird weiterhin das Programm der Sozialen Stadt in Abstimmung mit den Bürger*innen genutzt. Es gilt, den öffentlichen Raum zu gestalten, zu pflegen und darauf zu achten, dass Regeln für ein gutes Miteinander eingehalten werden, damit der öffentliche Raum sicher und sauber bleibt. Deshalb wird der Zentrale Vollzugsdienst durch eine zusätzliche Dienstgruppe (6 Stellen) verstärkt und eine Stadtwache eingerichtet.

Die Sanierung der Grünanlagen und Spielplätze wird fortgesetzt, um den Menschen attraktive Naherholungs- und Spielflächen anzubieten und gleichzeitig auch der biologischen Vielfalt in unserer Stadt Raum zu geben. Mit der Umsetzung des Parkpfliegerwerks in den Wallanlagen wurde hier begonnen, einen wichtigen Teil innerstädtischen Grüns beispielhaft in der Funktionsvielfalt Naherholung, Artenschutz und Klimaanpassung aufzuwerten. Mit dem Doppelhaushalt wird die Finanzierung der weiteren Bauabschnitte gesichert.

Öffentliche Plätze sollen aufgewertet und wo immer möglich mit Spielgelegenheiten ausgestattet werden. Die Schaffung von Spielplätzen ist elementare Aufgabe einer kinder- und familienfreundlichen Stadtentwicklung. Durch Bereitstellung von einmalig zusätzlichen 100.000 Euro soll die Schaffung von mehr generationenübergreifenden Freizeitplätzen unterstützt werden.

Das städtische Eigentum wird erhalten und gepflegt durch umfangreiche Investitionen in den öffentlichen Raum und in öffentliche Gebäude: Die Aufwertung des Rheinufers (4,7 Mio. Euro im Haushalt 2021/2022) sowie die Sanierung von Rathaus (22,1 Mio. Euro), Stadthaus Kaiserstraße (6,9 Mio. Euro), Zitadelle (4,3 Mio. Euro) und Schloss (3,1 Mio. Euro) sind Schwerpunkte in den kommenden beiden Jahren. Hierzu gehören auch der Bau der Integrierten Leitstelle, die Sanierung und Erweiterung der Feuerwache I sowie Investitionen in die Freiwilligen Feuerwehren, wofür 2021/22 zusammen 12,7 Mio. Euro zur Verfügung stehen werden.

Klima & Mobilität

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel bleiben dauerhafte Aufgabe. Der Masterplan Klimaschutz zeigt die Maßnahmen auf. Vor allem Bäume spielen eine wichtige Rolle. Stadtbäume bedürfen, insbesondere angesichts der Klimawandels, intensiverer Betreuung und Bewässerung. Um dem Rechnung zu tragen und mehr Bäume in die Stadt zu bringen, wird mit diesem Stellenplan ein „Baumtrupp“ eingerichtet.

Für den Schutz der Artenvielfalt und des städtischen Klimas sind innerstädtische Biotopflächen wichtig. Diese stehen unter erheblichem Druck und müssen künftig intensiver betreut werden. Für diese Betreuung wird die Biotopkolonne personell aufgestockt.

Mit dem Energiepark hat die Stadt bereits heute ein Leuchtturmprojekt im Hinblick auf die Produktion von grünem Wasserstoff. Weitere Pläne, wie etwa eine Wasserstofftankstelle auf dem Gelände des Wirtschaftsbetriebes im Zuge der Realisierung der 4. Reinigungsstufe, sind in Planung.

Die Stadtverwaltung wird diesen Weg des Umbaus konsequent weitergehen, zusätzliche Mittel des Bundes abrufen und im Sinne der regionalen Wertschöpfung und des Klimaschutzes einsetzen.

Als Beitrag zur Klimaanpassung werden Schulhöfe entsiegelt, eine der nächsten anstehenden Sanierungen soll hier als Modellprojekt umgesetzt werden.

Die Coronakrise hat bewirkt, dass noch mehr Bürger*innen aufs Rad umsteigen. Dieser Trend wird durch den Ausbau des Angebots verstetigt. Am 01. Juni 2020 startete das neue FahrRadBüro der Stadt, das die Tendenz zu immer mehr Radverkehr gestalten soll. Die Sachmittel für den Radverkehr wurden mit dem vorliegendem Haushalt verdoppelt.

Gleichzeitig sind bei der Mainzer Mobilität die Fahrgastzahlen während der Coronakrise erheblich eingebrochen. Trotz des Einbruches der Fahrgastzahlen wurde das ÖPNV-Angebot zu keinem Zeitpunkt drastisch zurückgefahren. Es ist alles dafür zu tun, dass sich der ÖPNV wieder erholt. Dies kann langfristig über ein attraktives Angebot und die Aufrechterhaltung des normalen Fahrplans sichergestellt werden. Der Rettungsschirm von Bund und Ländern wird dabei hilfreich sein, jedoch die entstandene Finanzlücke voraussichtlich nicht völlig schließen. Der Stadtrat bekennt sich klar zum weiteren Ausbau des Straßenbahnnetzes in Mainz. Das neue Nahverkehrsgesetz der Ampelkoalition im rheinland-pfälzischen Landtag wird begrüßt und als wichtige Chance zur Einführung eines 365-Euro-Tickets gesehen, kann aber nur mit finanzieller Unterstützung von Bund und Land sowie im Verkehrsverbund Mainz-Wiesbaden gelingen. Für die Verkehrswende sollen, soweit möglich, auch Mittel aus dem EU-Konjunkturpaket genutzt werden.

Soziales und Gemeinwesen

Investitionen im sozialen Bereich sind von hoher Priorität. Dies gilt umso mehr in der Corona-Pandemie, denn insbesondere sind Menschen von Corona-Auswirkungen betroffen, die auf eine gute und funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen sind.

Die Zuschüsse für die freien Träger der Jugendhilfe steigen mit diesem Doppelhaushalt erstmals seit vielen Jahren deutlich: Die Organisationen, Vereine und Initiativen erhalten für ihre wertvolle Arbeit einheitlich 10 Prozent mehr (155.000 Euro). Die Schulsozialarbeit

bekommt zusätzlich 60.000 Euro, die Jugendberufshilfe 20.000 Euro und der Stadtjugendring und das Fan-Projekt insgesamt 9.000 Euro.

Im Bereich der Jugendbeteiligung wird eine Stelle mehr eingerichtet und pro Jahr 5.000 Euro Sachmittel zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit dem Jugendforum des „Haus des Erinnerns - für Demokratie und Akzeptanz“ schaffen diese Maßnahmen die Grundlage für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung.

Die Zuschüsse für die Familienberatungsstellen werden um 32 Prozent (260.000 Euro) und die für die Gemeinwesenarbeit (Stadtteilprojekte) um 50 Prozent (240.000 Euro) gesteigert.

In das Neustadtzentrum werden 5,6 Mio. Euro investiert sowie der barrierefreie Um- und Ausbau des Frauenhauses begonnen. Dafür werden Bundes- und Landesmittel nach Mainz geholt. Der Frauennotruf Mainz e.V. wird mit 20.000 Euro zusätzlich finanziell gestärkt.

Die neue „Gemeindeschwester plus“ in Mainz wird die präventive Betreuung von älteren Menschen im Stadtgebiet zu unterstützen. Die Schuldner*innenberatung wird finanziell gestärkt. Mit einem „Runden Tisch Ausbildung“ wird zudem verhindert, dass junge Menschen wegen der Pandemie und ihrer Folgen um Chancen in der Ausbildung gebracht werden. Entsprechende Förderprogramme des Landes werden genutzt.

Mit diesen Zuschüssen ist klar: Niemand wird in der Pandemie und darüber hinaus zurückgelassen!

Gemeinden wie Mainz finanzieren aus ihrem Haushalt erhebliche Sozialleistungen. Es handelt sich dabei häufig um Pflichtleistungen aufgrund von Gesetzen des Bundes oder der Länder, über deren Art und Umfang den Beschlussgremien der Gemeinden keine Entscheidungsmöglichkeiten zustehen. Die Stadt Mainz setzt sich weiterhin dafür ein, dass in solchen Fällen die Sozialleistungen durch den Bund bzw. das Land finanziert werden. Wir begrüßen, dass bei Bund und Ländern inzwischen ein Umdenken eingesetzt hat: Allein die aktuelle Erhöhung der Bundesbeteiligung an den „Kosten für Unterkunft und Heizung“ entlastet den Mainzer Haushalt um rund 12 Mio. Euro jährlich. Trotz der Fortschritte fordern wir weiterhin, dass das Konnexitätsprinzip vollständig umgesetzt werden muss.

Bildung und Digitalisierung

Die Stadt Mainz stellt Schülerinnen und Schülern sowie Kita-Kindern ein breites Angebot an Bildungseinrichtungen zur Verfügung. Trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Kitas und Schulen in Mainz weiterhin geöffnet. Die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Lehrkräfte leisten täglich alles, was möglich ist, um den Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bildung und pädagogische Betreuung zu ermöglichen.

Mit dem Doppelhaushalt 2021/22 werden sie dabei unterstützt. Unter anderem wird in den Neubau und die Sanierung von Kitas und Schulgebäuden investiert. Der Doppelhaushalt stellt 28,5 Mio. Euro für die Errichtung von Kindertagesstätten zur Verfügung. Dabei handelt es sich um 11 Neubauten und fünf Ersatzbauten. In die Sanierung, den Ausbau und den Neubau von Schulen werden 72,8 Mio. Euro investiert. Hiervon profitieren 31 Grundschulen, Förderschulen, Realschulen plus, Integrierte Gesamtschulen, Gymnasien und Berufsbildende Schulen. Enthalten sind auch die ersten Mittel für den Bau des Gymnasiums Mombach und der IGS am Europakreisel.

Sommerschule und Herbstschule sind gute Einrichtungen, um nicht nur pandemiebedingte Bildungsungleichheiten auszugleichen: Das Land wird aufgefordert, diese ergänzenden Angebote auch in den Jahren 2021 und 2022 fortzuführen.

Die anerkannten Träger der Weiterbildung, und besonders die Volkshochschule, tragen dazu bei, lebenslanges Lernen zu unterstützen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Förderung einer Kultur der zweiten und dritten Chance: Mit zentraler Beteiligung der Volkshochschule wollen wir daran arbeiten, die Angebote für Grundbildung und Alphabetisierung, das Nachholen von Schulabschlüssen, Qualifikationsbausteine, Zertifikatslehrgänge, anerkannte berufsbildende Abschlüsse sowie Sprach- und Integrationskurse auszubauen. Im Sommer 2021 wird mit dem Umbau von Bau A begonnen, damit Brandschutz und Barrierefreiheit gewährleistet werden.

Die Digitalisierung in der Verwaltung und insbesondere in den Schulen wird durch umfangreiche Investitionen und zahlreiche neue Stellen vorangetrieben. Mit der Anbindung aller Schulen an ein Glasfasernetz bis Ende 2020 ist ein erster wichtiger Meilenstein erreicht. Parallel soll durch Umsetzung der verschiedenen Programme des Bundes und des Landes zur Digitalisierung der Schulen eine schnelle Ausstattung mit digitalen Endgeräten ermöglicht werden und ein zuverlässiger Digital-Support für alle Schulen durch die KDZ aufgebaut werden. Hierfür werden durch den Stellenplan allein in den kommenden beiden Jahren zwölf zusätzliche Stellen eingerichtet. Für weitere Investitionen stehen 7,3 Mio. Euro aus dem Digitalpakt zur Verfügung.

Im Bereich E-Government werden die digitalen Angebote für die Bürger*innen weiter ausgebaut. Mit „MainzDigital“ hat die Stadtverwaltung eine Digitalisierungsstrategie begonnen. Für deren Weiterentwicklung und Umsetzung werden mit dem Haushalt 2021/2022 sowohl das Hauptamt als auch einzelne Fachämter (z. B. für Digitales Parkleitsystem) personell verstärkt. Hierfür wird zudem eine zentrale Stabsstelle („Chief Digital Officer“) eingerichtet. Zusätzlich soll die Möglichkeit für mobiles Arbeiten oder Homeoffice ausgeweitet werden. Die Stadtratssitzungen werden weiterhin im Internet als Livestream übertragen.

Wirtschaft

Trotz Pandemie-bedingter Einnahmeausfälle bleiben die Steuern unverändert und die Gebühren für die Mainzerinnen und Mainzer stabil.

Die kommunale Wirtschaftsförderung wird durch den Stellenplan personell ausgebaut. Im Jahr 2021 werden hier drei weitere Stellen zur Förderung von Ansiedlungen und Unternehmensgründungen sowie zur Beratung und Unterstützung von Unternehmen im Wandel (beispielsweise bei Themen wie Digitalisierung, Fachkräftemangel, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Strukturwandel im Einzelhandel) geschaffen.

Auf Basis plausibler Regelungen und unter Beachtung der Hygienevorschriften müssen Kultureinrichtungen, Hotels und die Gastronomie die Chance erhalten, so bald wie möglich wieder zu öffnen. Weiterhin steht die schnelle und unbürokratische Hilfe durch die Verwaltung im Zentrum und die mit #mainzhilftsofort getätigten Impulse für die regionale Wirtschaft werden verstetigt: Die Gastronomie erhält mit einem „Aktionsstab Wirtschaft“ einen direkten Ansprechpartner. Zusätzlich wird in 2021 der Betrieb auf erweiterten Außenflächen ermöglicht und die Gebühren hierfür erlassen. Auch die Verlängerung der Schließzeiten wird erwogen.

Um Insolvenzen zu vermeiden, soll die Stadt Mainz Unternehmen bei der Antragstellung unterstützen, damit sie vom Zukunftsfonds des Landes oder vom Schutzschirm des Bundes langfristig profitieren.

Gleichzeitig wird die Weiterentwicklung digitaler Plattformen für den Einkauf beim Mainzer Einzelhandel unterstützt. Die Maßnahmen des Baustellenmanagements werden intensiviert, um den lokalen Einzelhandel zu unterstützen.

Tourismus

Mainz muss weiterhin als Tourismus-Standort nachhaltig gestärkt werden, indem u.a. Kooperationen zwischen der Stadt und ihrem Umland gefördert werden. Um Touristinnen und Touristen länger in der Region zu halten und zusätzlicher Belebung, sollen regionale Angebote verzahnt und Veranstaltungskonzepte (wie z. B. für das Marktfrühstück) kreativ an die jeweiligen Notwendigkeiten angepasst werden.

Es muss weiterhin für öffentliche Investitionen zur Aufwertung und Stärkung unserer Innenstadt gesorgt werden, um Mainz als Tagungs- und Kongressstadt auch für private Investitionen weiter auszubauen.

Kultur

Auf Grundlage der Arbeitswerkstatt hat der Stadtrat in diesem Jahr einstimmig beschlossen, dass das Gutenberg-Museum am alten Standort neu gebaut wird. Die notwendigen

finanziellen Mittel zur Realisierung des Wettbewerbs werden bereitgestellt. Auch die Frage der Trägerschaft muss baldmöglichst gelöst werden, damit die Finanzierung gemeinsam mit Bund, Land und sonstigen Geldgebern geklärt werden kann.

Durch #mainzhilftsofort konnte den Kulturschaffenden, insbesondere der freien Szene, sehr geholfen werden. Doch auch dauerhaft werden die Mittel für die freie Kulturszene erhöht - so stark erhöht wie seit vielen Jahren nicht mehr: Die Projektförderung wird im Doppelhaushalt auf 49.000 Euro nahezu verdoppelt (zusätzlich 23.000 Euro). Die Förderung des Unterhauses wird um 29 Prozent (32.000 Euro) und der Mainzer Kammerspiele um 20 Prozent (19.000 Euro) gesteigert.

In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass das Konzept eines Nachtkulturbeauftragten für Mainz nicht nur im Sinne der vermittelnden Kommunikation zwischen Club- und Kulturleben und Anwohnerinnen und Anwohnern wertvoll ist. Einen Nachtkulturbeauftragten soll es auch in den Jahren 2021/22 geben.

Die Corona-Pandemie hat zudem erhebliche Auswirkungen auf das soziale Miteinander. Wir werden soziale Kontakte dort fördern, wo sich neue Nachbarschaften gebildet haben und unterstützen den Verein KULTURBÄCKEREI Initiative für ein Soziokulturelles Zentrum in der Mainzer Neustadt e.V. mit jährlich 30.000 Euro.

Begründung:

Sylvia Köbler-Gross (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alexandra Gill-Gers (SPD)

David Dietz (FDP)